



AFRIKA/ÄGYPTEN - Nichtregierungsorganisation lehnt Quotenregelung für Kopten ab

Kairo (Fidesdienst) – Das „Egyptian Center for Development Studies and Human Rights“ fordert für die kommende Wahl die Abschaffung der Quotenregelung für Christen. In einer am gestrigen 22. September veröffentlichten Erklärung übt die den orthodoxen Kopten nahe stehende Nichtregierungsorganisation Kritik am bisherigen Wahlrecht, das zur Wahl der Muslimbrüder und des inzwischen gestürzten Präsidenten Mursi führte. Nach Ansicht der NGO widerspricht die Garantie von Parlamentssitzen für Gruppen auf der Basis der Religionszugehörigkeit dem Prinzip der Gleichberechtigung zwischen allen Bürgern, das von der neuen Verfassung garantiert werden soll. Wie der Leiter des Studienzentrums betont, beeinträchtigt die Quotenregelung auch die Hoffnung auf die Einführung eines Rechtsstaates in Ägypten. Deshalb sollen Kopten auch nicht länger als Minderheit bezeichnet werden: „Kopten sind Teil der Nation und sie sind nicht minderwertig“.

Auch der koptisch-katholische Bischof von Minya, Botros Fahim Awad Hanna, betont gegenüber dem Fidesdienst die eigene Ablehnung im Zusammenhang mit der Quotenregelung, die seiner Ansicht nach „eine sektiererische Spaltung des Landes begünstigt“. Nach Ansicht des Bischofs sollte es „ein Wahlrecht geben, dass für allen Bürgern gleiche Rechte garantiert und dazu beiträgt, dass kompetente Politiker gewählt werden, unabhängig von deren Religion. So werden wir keine Notlösung mehr brauchen, wie sie in der Vergangenheit angewandt wurde, um zu verhindern, dass Kopten nicht nur Wahl gehen“. (GV) (Fidesdienst, 22/09/2013)